



RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION

Brüssel, den 23. November 2009 (11.01)
(OR. en)

14335/09

FÜR DIE ÖFFENTLICHKEIT
TEILWEISE ZUGÄNLICHES
DOKUMENT

LIMITE

PV/CONS	49
TRANS	382
TELECOM	206
ENER	327

ENTWURF EINES PROTOKOLLS¹

Betr.: 2964. Tagung des Rates der Europäischen Union (**VERKEHR, TELEKOMMUNIKATION und ENERGIE**) vom 9. Oktober 2009 in Luxemburg

¹ Der der Öffentlichkeit zugängliche Teil des Protokolls über die endgültige Annahme von Rechtsakten des Rates ist in Addendum 1 enthalten.

INHALT

Seite

1. Annahme der Tagesordnung 4
2. Annahme der Liste der A-Punkte 4

INTERMODALER VERKEHR UND VERNETZUNG

3. Mitteilung der Kommission – Eine nachhaltige Zukunft für den Verkehr: Wege zu einem integrierten, technologieorientierten und nutzerfreundlichen System 5
4. Westliche Balkanstaaten
Entwurf eines Beschlusses des Rates über zusätzliche Verhandlungsrichtlinien im Rahmen der Aushandlung des Vertrags zur Errichtung einer Verkehrsgemeinschaft zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien sowie Kosovo im Sinne der Resolution 1244(1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen 5

SEEVERKEHR

5. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Fahrgastrechte im See- und Binnenschiffsverkehr und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden 6
6. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Meldeformalitäten für Schiffe beim Einlaufen in oder Auslaufen aus Häfen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und zur Aufhebung der Richtlinie 2002/6/EG..... 6

LUFTVERKEHR

7.	Entwurf eines Beschlusses des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung des Luftverkehrsabkommens zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika als erste Partei, der Europäischen Gemein- schaft und ihren Mitgliedstaaten als zweite Partei, Island als dritte Partei und dem Königreich Norwegen als vierte Partei und über die Unterzeichnung und vorläufige Anwendung des Zusatzabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten als erste Partei, Island als zweite Partei und dem Königreich Norwegen als dritte Partei betreffend die Anwendung des Luftverkehrs- abkommens zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika als erste Partei, der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten als zweite Partei, Island als dritte Partei und dem Königreich Norwegen als vierte Partei	7
8.	Entwurf eines Beschlusses des Rates zur Ermächtigung der Kommission, ein bilaterales Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Brasilien im Bereich der Luft- verkehrssicherheit auszuhandeln	7
9.	Entwurf eines Beschlusses des Rates zur Ermächtigung der Kommission, Verhandlungen über eine Kooperationsvereinbarung im Bereich der Forschung und Entwicklung für die Zivilluft- fahrt mit der Federal Aviation Administration der Vereinigten Staaten von Amerika aufzunehmen	8
10.	Sonstiges	
a)	Verbot von Flüssigkeiten an Bord von Luftfahrzeugen – mögliche nächste Schritte	8
b)	Die "TEN-V-Tage 2009": Die Zukunft des transeuropäischen Verkehrsnetzes – Brücken zwischen Europa und seinen Nachbarn schlagen (Neapel, 21./22. Oktober 2009)	8
c)	Fortschritte bei dem bevorstehenden ASEM-Treffen der Verkehrsminister (Vilnius, 19./20. Oktober 2009)	9
d)	EGNOS und Galileo	9
ANLAGE	10

o

o

o

1. **Annahme der Tagesordnung**

13869/09 OJ CONS 49 TRANS 359 TELECOM 195 ENER 315

Der Rat nahm die oben genannte Tagesordnung an und strich auf Wunsch der Kommission den unter "Sonstiges" aufgeführten Punkt "Sachstand in Bezug auf den Verkehrsbereich in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation" aus der Tagesordnung.

2. **Annahme der Liste der A-Punkte**

13995/09 PTS A 41

+ ADD 1

Der Rat nahm die in Dokument 13995/09 + ADD 1 enthaltene Liste der A-Punkte an.

Die britische Delegation enthielt sich bei der Abstimmung über die Punkte 24, 33 und 34 der Stimme.

Nähere Angaben zu Punkt 24 sind in Addendum 1 enthalten.

Die Dokumentenangaben zu Punkt 26 müssen wie folgt lauten:

Punkt 26: 13957/09 EG 6 AGRI 406 PECHE 254

11172/09 EG 4 AGRI 274 PECHE 163

+ **COR 1**

+ **REV 1 (mt)**

INTERMODALER VERKEHR UND VERNETZUNG

3. **Mitteilung der Kommission – Eine nachhaltige Zukunft für den Verkehr: Wege zu einem integrierten, technologieorientierten und nutzerfreundlichen System**

- Orientierungsaussprache
(öffentliche Aussprache gemäß Artikel 8 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Rates, auf Vorschlag des Vorsitzes)
11294/09 TRANS 257 AVIATION 96 MAR 96 ENV 457 ENER 234 IND 76
13310/09 TRANS 334 MAR 120 AVIATION 133 ENV 577 ENER 297 IND 113
14075/09 TRANS 373 MAR 136 AVIATION 156 ENV 634 ENER 320 IND 121

Der Rat führte eine Orientierungsaussprache auf der Grundlage der vier Fragen im Bericht an den Rat (Dok. 13310/09).

Der Rat kam überein, die in der Anlage wiedergegebene gemeinsame Erklärung der Visegrad-Länder (Tschechische Republik, Ungarn, Polen und Slowakische Republik) in das Protokoll der Ratstagung aufzunehmen.

4. **Westliche Balkanstaaten**

Entwurf eines Beschlusses des Rates über zusätzliche Verhandlungsrichtlinien im Rahmen der Aushandlung des Vertrags zur Errichtung einer Verkehrsgemeinschaft zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien sowie Kosovo im Sinne der Resolution 1244(1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen

- Annahme
13883/09 TRANS 361 COWEB 200 ALB 9 BIH 25 ELARG 72 **RESTREINT EU**

Der Rat nahm – bei Stimmenthaltung Österreichs, Griechenlands und Rumäniens – den in Dokument 14352/09 enthaltenen Beschluss über zusätzliche Verhandlungsrichtlinien im Rahmen der Aushandlung des Vertrags zur Errichtung einer Verkehrsgemeinschaft zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Partnerländern des Westlichen Balkans an

Der Rat vereinbarte, die in der Anlage wiedergegebenen Erklärungen des Rates, des Vorsitzes, Österreichs, Zyperns, Griechenlands, Italiens, Rumäniens, der Slowakei, Spaniens und des Vereinigten Königreichs in dieses Protokoll aufzunehmen.

SEEVERKEHR

5. **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Fahrgastrechte im See- und Binnenschiffsverkehr und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden**

- Politische Einigung
(öffentliche Beratung gemäß Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe b der Geschäftsordnung des Rates)
11990/08 MAR 109 TRANS 466 CODEC 995
13874/09 MAR 132 TRANS 360 CODEC 1145

Der Rat erzielte eine politische Einigung über den Wortlaut des Verordnungsentwurfs in der Fassung des Dokuments 14354/09 und vereinbarte, die in der Anlage wiedergegebene Erklärung Griechenlands in dieses Protokoll aufzunehmen.

6. **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Meldeformalitäten für Schiffe beim Einlaufen in oder Auslaufen aus Häfen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und zur Aufhebung der Richtlinie 2002/6/EG**

- Sachstandsbericht
(öffentliche Beratung gemäß Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe c der Geschäftsordnung des Rates)
5789/09 MAR 8 CODEC 86
13590/09 MAR 126 CODEC 1114
+ COR 1
+ COR 2

Der Rat nahm den in Dokument 13590/09 enthaltenen Sachstandsbericht zur Kenntnis und führte einen Gedankenaustausch auf dessen Grundlage.

LUFTVERKEHR

7. Entwurf eines Beschlusses des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung des Luftverkehrsabkommens zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika als erste Partei, der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten als zweite Partei, Island als dritte Partei und dem Königreich Norwegen als vierte Partei und über die Unterzeichnung und vorläufige Anwendung des Zusatzabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten als erste Partei, Island als zweite Partei und dem Königreich Norwegen als dritte Partei betreffend die Anwendung des Luftverkehrsabkommens zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika als erste Partei, der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten als zweite Partei, Island als dritte Partei und dem Königreich Norwegen als vierte Partei

- Politische Stellungnahme
10118/09 AVIATION 86 ISL 1 N 5 USA 37 RELEX 484
13861/09 AVIATION 152 ISL 8 N 13 USA 82 RELEX 847

Der Rat einigte sich auf eine politische Stellungnahme zu dem Entwurf eines Beschlusses und zu dem Abkommen. Er vereinbarte, die in der Anlage wiedergegebenen Erklärungen Österreichs, Finnlands, Griechenlands, Portugals und Rumäniens in dieses Protokoll aufzunehmen.

8. Entwurf eines Beschlusses des Rates zur Ermächtigung der Kommission, ein bilaterales Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Brasilien im Bereich der Luftverkehrssicherheit auszuhandeln

- Annahme
12580/09 AVIATION 116 RELEX 727 AMLAT 81
13850/09 AVIATION 150 AMLAT 102 RELEX 845 **RESTREINT EU**

Der Rat nahm einstimmig den in Dokument 13850/09 wiedergegebenen Beschluss an, mit dem die Kommission ermächtigt wird, ein bilaterales Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Brasilien im Bereich der Luftverkehrssicherheit auszuhandeln. Der Rat vereinbarte, die in der Anlage wiedergegebene Erklärung der Kommission in dieses Protokoll aufzunehmen.

9. **Entwurf eines Beschlusses des Rates zur Ermächtigung der Kommission, Verhandlungen über eine Kooperationsvereinbarung im Bereich der Forschung und Entwicklung für die Zivilluftfahrt mit der Federal Aviation Administration der Vereinigten Staaten von Amerika aufzunehmen**

– Annahme

10864/09 AVIATION 94 RELEX 558 USA 40

RESTREINT EU

13851/09 AVIATION 151 USA 81 RELEX 846

RESTREINT EU

Der Rat nahm einstimmig den in Dokument 13851/09 wiedergegebenen Beschluss an, mit dem die Kommission ermächtigt wird, Verhandlungen über eine Kooperationsvereinbarung im Bereich der Forschung und Entwicklung für die Zivilluftfahrt mit der Federal Aviation Administration der Vereinigten Staaten von Amerika aufzunehmen. Der Rat vereinbarte, die in der Anlage wiedergegebene Erklärung der Kommission in dieses Protokoll aufzunehmen.

10. **Sonstiges**

a) **Verbot von Flüssigkeiten an Bord von Luftfahrzeugen – mögliche nächste Schritte**

– Informationen der Kommission

13974/09 AVIATION 154

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen der Kommission betreffend das Verbot von Flüssigkeiten an Bord von Luftfahrzeugen und mögliche nächste Schritte.

b) **Die "TEN-V-Tage 2009": Die Zukunft des transeuropäischen Verkehrsnetzes – Brücken zwischen Europa und seinen Nachbarn schlagen (Neapel, 21./22. Oktober 2009)**

– Informationen der Kommission und der italienischen Delegation

13724/09 TRANS 353 ECOFIN 593 ENV 605 RECH 292

14010/09 TRANS 369 ECOFIN 606 ENV 627 RECH 306

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen der Kommission und der italienischen Delegation zu der am 21./22. Oktober 2009 in Neapel stattfindenden Konferenz :

"TEN-V-Tage 2009": Die Zukunft des transeuropäischen Verkehrsnetzes".

c) **Fortschritte bei dem bevorstehenden ASEM-Treffen der Verkehrsminister (Vilnius, 19./20. Oktober 2009)**

- Informationen der litauischen Delegation
13887/09 TRANS 362 ASEM 2

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen des litauischen Ministers über die Organisation des ersten ASEM-Treffens der Verkehrsminister in Vilnius am 19./20. Oktober 2009.

d) **EGNOS und Galileo**

- Informationen der Kommission
14126/09 TRANS 375 MAR 139 AVIATION 160 RECH 309
CAB 45 FIN 348

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen der Kommission zum Stand des Programms Galileo sowie von den Ideen, der Perspektive und der Vision der Kommission im Hinblick auf weitere Entwicklungen und die Umsetzung des Programms.

ERKLÄRUNGEN FÜR DAS RATSPROTOKOLL

**zu Punkt 3: Mitteilung der Kommission – Eine nachhaltige Zukunft für den Verkehr:
Wege zu einem integrierten, technologieorientierten und nutzerfreundlichen
System**

**ERKLÄRUNG DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK, UNGARNS, POLENS UND DER
SLOWAKEI**

"Die Visegrad-Länder begrüßen den durch die Europäische Kommission, die öffentliche Konsultation und die anstehende Orientierungsaussprache des Rates über die Mitteilung "Eine nachhaltige Zukunft für den Verkehr: Wege zu einem integrierten, technologieorientierten und nutzerfreundlichen System" eingeleiteten Reflexionsprozess über die möglichen Optionen für die künftige europäische Verkehrspolitik. Die Aussprache über diese Mitteilung bietet den Mitgliedstaaten eine günstige Gelegenheit, ihre Beiträge zur Ausarbeitung der künftigen europäischen Verkehrspolitik vorzulegen.

Aus der Sicht der Visegrad-Länder sollten die folgenden Themen im Vordergrund stehen:

1. Der derzeitige wirtschaftliche Abschwung hat schwerwiegende Auswirkungen auf den Verkehrssektor, und zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind weder die Dauer noch die Tragweite dieser Rezession abzusehen. Die Kommission sollte daher bei der Ausarbeitung des neuen Weißbuchs über die europäische Verkehrspolitik die Auswirkungen der derzeitigen Wirtschaftskrise auf den Verkehrssektor berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund sollte die künftige Verkehrspolitik nach Maßgabe der möglichen Szenarien einer wirtschaftlichen Erholung skizziert werden.
2. Prognosen, die sich ausschließlich auf langfristige Tendenzen und Aufgabenstellungen stützen, sind für die Konzipierung der neuen EU-Verkehrspolitik weder angemessen noch ausreichend. Die Kommission sollte daher die Ergebnisse der bisherigen Verkehrspolitik eingehender analysieren und die Entwicklung in den Regionen einer differenzierteren Bewertung unterziehen.
3. In einigen Regionen, insbesondere in den neuen Mitgliedstaaten, ist noch kein hoher Mobilitätsgrad erreicht worden. Zurückzuführen ist dies vor allem auf die geringere Qualität der Verkehrsinfrastruktur, unzureichende Finanzmittel für die Wartung und Instandsetzung dieser Infrastruktur, die Überalterung der Fahrzeugflotte und unangemessene Rahmenbedingungen für die Nutzung neuer Technologien. Die Visegrad-Länder sind daher der Überzeugung, dass die künftigen verkehrspolitischen Maßnahmen der EU auf die unterschiedlichen Bedürfnisse und Gegebenheiten der Mitgliedstaaten abgestimmt werden sollten, als da sind die geografische Lage, die wirtschaftliche Entwicklung und der Stand der Infrastruktur.

4. Die Visegrad-Länder möchten betonen, dass alle neuen im Rahmen der europäischen Verkehrspolitik ergriffenen Maßnahmen mit dem Grundsatz der "besseren Rechtsetzung" im Einklang stehen und der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Verkehrsindustrie Rechnung tragen sollten.
5. Die Visegrad-Länder sind der Auffassung, dass nicht nur die Modernisierung, sondern auch der Aufbau der Verkehrsinfrastruktur ein wichtiges Anliegen ist. Dies gilt insbesondere für die neuen Mitgliedstaaten, deren Potenzial, was die Verkehrsinfrastruktur und die Wirtschaft anbelangt, bei der Planung und Entwicklung der europäischen Verkehrsinfrastruktur berücksichtigt werden sollte. Der Aufbau neuer Infrastrukturen sollte auch als ein Impuls für die Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft verstanden werden.

Der Schwerpunkt des Weißbuchs über die europäische Verkehrspolitik sollte daher nicht nur auf einer besseren Integration der verschiedenen Verkehrsträger liegen, sondern auch auf der Beseitigung von Lücken und fehlenden Bindegliedern zwischen Infrastrukturnetzen unterschiedlicher Entwicklungsstufen. Die Schaffung eines einheitlichen Verkehrssystems im Interesse eines reibungslosen Funktionierens des Binnenmarktes sollte ein vorrangiges Ziel der Politik der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) bleiben. Die Kommission wird ersucht, auf Gemeinschaftsebene für angemessene Finanzierungsmaßnahmen im Hinblick auf die Verwirklichung dieses Ziels zu sorgen.

6. Im Zusammenhang mit der geplanten Überarbeitung der TEN-V-Politik möchten die Visegrad-Länder betonen, dass die Einführung des Konzepts des Kernnetzes nicht zu einer Reduzierung der aus Gemeinschaftsmitteln kofinanzierten transeuropäischen Verkehrsnetze führen darf. Wenn dieses Konzept eingeführt wird, muss sichergestellt werden, dass die neuen EU-Mitgliedstaaten auch dann auf die Mittel der Gemeinschaftsfonds (TEN-V-Fonds, Kohäsionsfonds und Strukturfonds) zugreifen können, wenn es um Infrastrukturprojekte geht, die nicht Teil des Kernnetzes, sondern des Gesamtnetzes sind. Investitionen in diese Netze sind von grundlegender Bedeutung, da sie eine wichtige Rolle dabei spielen, verschiedene Regionen miteinander zu verbinden.
7. Hinsichtlich der Finanzierungsinstrumente sind die Visegrad-Länder der Auffassung, dass die Selbstfinanzierung nur schrittweise eingeführt werden sollte. Die Kommission wird ersucht, für den Finanzierungszeitraum 2014/2020 weiterhin die EU-Instrumente für die Infrastrukturentwicklung, wie den Kohäsionsfonds, die Strukturfonds und den TEN-V-Fonds, einzusetzen. Im Rahmen der Finanzierungsstrategie für das Verkehrssystem sollten wirtschaftlichen Nachhaltigkeit und Rentabilität gebührend berücksichtigt werden.

Im Fall der Länder mit weniger entwickelten Infrastrukturen sollte die Finanzierung der Verbesserung, Modernisierung und Erweiterung des Verkehrssystems, einschließlich der Infrastrukturen, in erster Linie aus Gemeinschaftsmitteln, wie den Strukturfonds, dem Kohäsionsfonds und dem TEN-V-Fonds, erfolgen. Die potentiellen neuen Einnahmen aus der schrittweisen Internalisierung externer Kosten bei allen Verkehrsträgern und der schrittweisen Einführung "intelligenter" Preisbildungssysteme unter Zugrundelegung des Nutzer-/Verursacherprinzips sollte lediglich als zusätzliche Finanzierungsquelle angesehen werden, die vorwiegend für die Instandsetzung und Wartung von Verkehrsinfrastrukturen genutzt wird.

8. Die Visegrad-Länder sind sich der Bedeutung der externen Dimension der europäischen Verkehrspolitik in vollem Umfang bewusst. Die von der Kommission vertretene Vision einer engeren wirtschaftlichen Integration mit den Nachbarregionen findet daher allgemeine Unterstützung. Diesbezüglich sollte besonderes Augenmerk auf den Ausbau der Nord-Süd- sowie der West-Ost-Verbindungen und der Einbindung der östlichen Länder in die wichtigsten Verkehrsnetze der Europäischen Union gelegt werden sowie auf den Ausbau der betreffenden Straßen- und Schienennetze, um die wirtschaftliche Anbindung an Osteuropa zu verbessern. Die externe Dimension der europäischen Verkehrspolitik sollte jedoch auch den Initiativen in Mittel-/Osteuropa Rechnung tragen.
9. Die Visegrad-Länder stimmen mit der Kommission darin überein, dass moderne Technologien bei der Bewältigung der Herausforderungen im Verkehrsbereich durchaus eine wichtige Rolle spielen können. Die Visegrad-Länder möchten jedoch auch darauf hinweisen, dass dringend ein geeigneter EU-Finanzrahmen geschaffen werden muss, der es ermöglicht, bestehende und künftige intelligente Verkehrssysteme aus EU-Mitteln angemessen zu finanzieren. Es liegt auf der Hand, dass ohne eine adäquate finanzielle Unterstützung seitens der EU das bestehende technologische Gefälle zwischen einzelnen Mitgliedstaaten nicht beseitigt werden kann.
10. Was das politische Ziel eines sicheren und qualitativ hochwertigen Verkehrs betrifft, so teilen die Visegrad-Länder die Auffassung, dass die Straßenverkehrssicherheit weiterhin Vorrang hat, und sie erwarten mit Interesse die Mitteilung der Kommission über den neuen Aktionsplan für die Straßenverkehrssicherheit für den Zeitraum 2011-2020.

Die Visegrad-Länder konzentrieren sich in ihrer gemeinsamen Erklärung auf die Themen, auf die sie den größten Wert legen. Ihr Dank gilt der Kommission für die Vorlage ihrer Mitteilung sowie dem Vorsitz für die Ausarbeitung von Fragen zur Strukturierung der Orientierungsaussprache auf der Ratstagung. Sie sind der festen Überzeugung, dass der Meinungsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten dazu beitragen wird, einen ausgewogenen Ansatz zur Bewältigung unserer gemeinsamen Herausforderungen herauszuarbeiten.

zu Punkt 4:

Westliche Balkanstaaten

Entwurf eines Beschlusses des Rates über zusätzliche Verhandlungsrichtlinien im Rahmen der Aushandlung des Vertrags zur Errichtung einer Verkehrsgemeinschaft zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien sowie Kosovo im Sinne der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen

GELÖSCHT

GELÖSCHT

GELÖSCHT

GELÖSCHT

GELÖSCHT

**zu Punkt 5: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates
über die Fahrgastrechte im See- und Binnenschiffsverkehr und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 über die Zusammenarbeit
zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden**

ERKLÄRUNG GRIECHENLANDS

"Die Hellenische Republik unterstützt uneingeschränkt und vorbehaltlos die Ziele des Vorschlags für eine Verordnung über die Fahrgastrechte im See- und Binnenschiffsverkehr, der für ein Schiffsfahrtsland wie Griechenland von besonderer Bedeutung ist, insbesondere insofern als er die Rechte der großen Zahl jährlich beförderter Fahrgäste stärker und wirksamer schützt.

Die Hellenische Republik legt jedoch Wert darauf zu erklären, dass sich der Verordnungsvorschlag ihres Erachtens durch mehr Ausgewogenheit zwischen den – in dem Vorschlag gut geschützten – Grundrechten der Fahrgäste und den berechtigten Interessen (vor allem) der (kleinen und mittleren) Beförderer von Reisenden auf See, auszeichnen müsste; den Beförderern werden in bestimmten Fällen (höhere Gewalt, außergewöhnliche Umstände), für die sie nicht verantwortlich sind, übermäßige Kosten auferlegt.

Die Hellenische Republik ist insbesondere der Ansicht, dass zu den Ausnahmen in Artikel 20a (Dok. 13874/09), namentlich in Absatz 3, auch die Verpflichtung zur Gewährung von Unterkunft (Artikel 18 Absatz 2) im Falle außergewöhnlicher Umstände gehören muss, wie Such- und Rettungseinsätze, Verbringung von Kranken sowie Vorfälle in Bezug auf die Sicherheit des Schiffes und der Fahrgäste und die Deckung eines außergewöhnlichen Beförderungsbedarfs, die für das effiziente Funktionieren des sehr ausgedehnten griechischen Küstenschiffahrtnetzes sehr wichtig sind."

zu Punkt 7: Entwurf eines Beschlusses des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Unterzeichnung und die vorläufige Anwendung des Luftverkehrsabkommens zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika als erste Partei, der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten als zweite Partei, Island als dritte Partei und dem Königreich Norwegen als vierte Partei und über die Unterzeichnung und vorläufige Anwendung des Zusatzabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten als erste Partei, Island als zweite Partei und dem Königreich Norwegen als dritte Partei betreffend die Anwendung des Luftverkehrsabkommens zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika als erste Partei, der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten als zweite Partei, Island als dritte Partei und dem Königreich Norwegen als vierte Partei

ERKLÄRUNG ÖSTERREICHS

"Österreich erklärt, dass es eine vorläufige Anwendung der Abkommen nach Artikel 5 bzw. 8 ab dem Zeitpunkt vornehmen kann, zu dem es dem Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union als dem Verwahrer der Abkommen den Abschluss seiner für das Inkrafttreten der Abkommen erforderlichen innerstaatlichen Verfahren notifiziert hat."

ERKLÄRUNG FINNLANDS

"Finnland erklärt, dass es eine vorläufige Anwendung des 'Luftverkehrsabkommens zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika als erste Partei, der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten als zweite Partei, Island als dritte Partei und dem Königreich Norwegen als vierte Partei' nach Artikel 5 erst ab dem Zeitpunkt vornehmen kann, zu dem es den Abschluss seiner für das Inkrafttreten dieses Abkommens erforderlichen innerstaatlichen Verfahren notifiziert hat."

Darüber hinaus erklärt Finnland, dass es die vorläufige Anwendung des 'Zusatzabkommens zwischen dem Königreich Norwegen als erste Partei, Island als zweite Partei und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten als dritte Partei betreffend die Anwendung des Luftverkehrsabkommens zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika als erste Partei, der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten als zweite Partei, Island als dritte Partei und dem Königreich Norwegen als vierte Partei' gemäß Artikel 8 erst ab dem Zeitpunkt vornehmen kann, zu dem es den Abschluss seiner für das Inkrafttreten dieses Zusatzabkommens erforderlichen innerstaatlichen Verfahren notifiziert hat."

ERKLÄRUNG GRIECHENLANDS

"Die Hellenische Republik erklärt, dass sie eine Anwendung des Abkommens nach Artikel 5 erst ab dem Zeitpunkt vornehmen kann, zu dem sie der Europäischen Gemeinschaft als dem Verwahrer des Abkommens den Abschluss ihrer für das Inkrafttreten des Abkommens erforderlichen innerstaatlichen Verfahren notifiziert hat."

ERKLÄRUNG PORTUGALS

"Portugal erklärt für die Zwecke des Artikels 6, dass es das Abkommen anwenden wird, sobald dem Verwahrer der Abschluss der für das Inkrafttreten des Abkommens erforderlichen innerstaatlichen Verfahren notifiziert worden ist."

ERKLÄRUNG RUMÄNIENS

"Rumänien erklärt, dass es eine vorläufige Anwendung der Abkommen erst ab dem Zeitpunkt vornehmen kann, zu dem es dem Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union als dem Verwahrer der Abkommen den Abschluss seiner für das Inkrafttreten der Abkommen erforderlichen innerstaatlichen Verfahren notifiziert hat."

zu den Punkten 8 und 9:

Entwurf eines Beschlusses des Rates zur Ermächtigung der Kommission, ein bilaterales Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Brasilien im Bereich der Luftverkehrssicherheit auszuhandeln

Entwurf eines Beschlusses des Rates zur Ermächtigung der Kommission, Verhandlungen über eine Kooperationsvereinbarung im Bereich der Forschung und Entwicklung für die Zivilluftfahrt mit der Federal Aviation Administration der Vereinigten Staaten von Amerika aufzunehmen

ERKLÄRUNG DER KOMMISSION

"Die Kommission stellt fest, dass der Rat im Anhang zu seinem Beschluss detaillierte, restriktive und verbindliche Verfahrensbedingungen für die Ermächtigung zur Aufnahme der betreffenden Verhandlungen festgelegt hat.

Die Kommission ist der Auffassung, dass diese Maßnahme der Ausübung ihrer Verhandlungsbefugnisse, wie sie in Artikel 300 Absatz 1 des EG-Vertrags garantiert sind, nur hinderlich sein kann.

In der Praxis dürfte dies sich so auswirken, dass diese Verfahren nicht nur einen erheblichen Verwaltungsaufwand mit sich bringen, sondern auch den Erfolg und das Ergebnis der Verhandlungen beeinträchtigen.

Außerdem wird mit dieser Verfahrensweise von Artikel 300 Absatz 1 des Vertrags abgewichen, wonach die Verhandlungen über ein internationales Abkommen von der Kommission im Benehmen mit den zu ihrer Unterstützung bestellten besonderen Ausschüssen geführt werden. Mit der genannten Verfahrensweise wird das interinstitutionelle Gleichgewicht zwischen Rat und Kommission in Frage gestellt."

zu Punkt 9: **Entwurf eines Beschlusses des Rates zur Ermächtigung der Kommission, Verhandlungen über eine Kooperationsvereinbarung im Bereich der Forschung und Entwicklung für die Zivilluftfahrt mit der Federal Aviation Administration der Vereinigten Staaten von Amerika aufzunehmen**

ERKLÄRUNG DER KOMMISSION

"Das dem Rat zur Billigung vorgelegte Verhandlungsmandat wird es der Kommission gestatten, Verhandlungen mit der FAA sowohl über den allgemeinen Rahmen der Vereinbarung als auch über deren erstes Ziel, nämlich die Zusammenarbeit in Bezug auf SESAR und NextGen, aufzunehmen.

Vor einer Ausdehnung der Verhandlungen auf andere Fragen der Forschung und Entwicklung für die Zivilluftfahrt, die – wie im Verhandlungsmandat vorgesehen – möglicherweise Gegenstand einer speziellen Vereinbarung sein werden, wird die Kommission die Mitgliedstaaten mit allen geeigneten Mitteln konsultieren, d.h. über den zur Unterstützung der Kommission bei den Verhandlungen eingesetzten Sonderausschuss, über den Ausschuss für den einheitlichen Luftraum, sofern die spezielle Frage in dessen Zuständigkeitsbereich fällt, oder über die Ratsarbeitsgruppe "Luftverkehr"."

=====